

POLIZEIREPORT

Mann bei Brand gerettet.

In einer Erdgeschosswohnung in der Fritzi-Massary-Straße in Neukölln hat es am Dienstagmorgen gebrannt. Die Feuerwehr, die mit 20 Einsatzkräften vor Ort war, rettete einen Mann und dessen Hund aus der brennenden Wohnung. Die Brandursache ist nach Angaben der Feuerwehr unklar.

Ladendieb erwischt.

Polizisten haben am Montagmorgen in Rummelsburg einen 26 Jahre alten Ladendieb festgenommen. Nach Polizeiangaben hatte ein Ladendetektiv den Mann beim Stehlen von Waren aus einer Auslage beobachtet. Er stellte ihn vor dem Laden zur Rede. Der Dieb wehrte sich, schlug mit Fäusten auf den Angestellten ein und konnte zunächst fliehen. Er wurde wenig später von Mitarbeitern des Geschäfts gestellt und einer zufällig vorbeifahrenden Polizeistreife übergeben. In seinen Taschen wurden Diefesgut sowie Drogen gefunden. Der Mann kam in Gewahrsam, teilte die Polizei mit.

Diesel aus Lkw gestohlen.

Ein Unbekannter hat am späten Montagabend in der Grenzallee in Neukölln einen Polizisten mit Diesel übergossen. Der Beamte hatte den Mann beobachtet, als er in der Ballinstraße Diesel aus einem Lkw abzapfte. Der Polizist versuchte, den Dieb festzunehmen. Das gelang ihm nicht. Der Dieb rannte zu einem Pkw, in dem zwei Komplizen saßen. Er rief ihnen etwas zu und flüchtete, teilte die Polizei mit. Seine Komplizen wurden festgenommen. Ihre Tatbeteiligung sei durch Spuren im Auto nachgewiesen, hieß es.

Auto angesteckt.

Auf dem Ikea-Parkplatz am Sachsendamm in Schöneberg ist ein Mercedes-Benz ausgebrannt. Verletzt wurde niemand, teilte die Polizei mit. Der Feuerwehr gelang es nicht, den Totalschaden am Fahrzeug zu verhindern. Die Polizei geht von vorsätzlicher Brandstiftung aus. Hinweis auf ein politisches Motiv hat die Polizei nicht.



Die Feuerwehr konnte nicht verhindern, dass das Auto ausbrannte. MORRIS PUDWELL

Unfall mit Carsharing-Auto.

In der Nacht zu Dienstag fuhr ein Mercedes A-Klasse eines Carsharing-Anbieters mit erhöhter Geschwindigkeit durch die Franz-Klühs-Straße in Kreuzberg. Dabei verlor der Fahrer die Kontrolle über das Auto und prallte gegen einen Kia. Der Aufprall war so heftig, dass das Auto gegen einen VW geschoben wurde. Der Fahrer des Unfallautos flüchtete. Die Polizei fahndet nach ihm. Der Name des Unfallverursachers ist bekannt, weil er in den Unterlagen der Verleihfirma hinterlegt ist. An allen drei Autos entstand erheblicher Sachschaden.

Frau fremdenfeindlich beleidigt.

Eine 37 Jahre alte schwangere Frau ist am Montagabend von einem Mann fremdenfeindlich beleidigt und beschimpft worden. Nach Angaben der Polizei war die Mutter gegen 19.20 Uhr mit ihrem elfjährigen Kind zu Fuß unterwegs, als sie ein Unbekannter an der Steinmetz-Ecke Goebenstraße anpöbelte. Dann lief er weiter. Die Frau rief die Polizei und verfolgte ihn bis zum S-Bahnhof Yorkstraße. Dort nahm die Polizei ihn fest. Der Staatsschutz ermittelt. (ls.)

Training fürs Vertrauen

Der FC International in Schöneberg organisiert Camps, bei denen es um mehr als Fußball geht

MECHTHILD HENNEKE

Das Turnier beginnt mit einer Müllaktion. Streetworkerin Lara Busch ruft alle zusammen. „Stellt euch in einer Reihe auf, dann geht es los“, ruft sie. Die Sonne scheint heiß vom Schöneberger Himmel, der Fußballplatz mit dem hellgrünen Kunstrasen gibt bei jedem Tritt nach. Lara schreitet voran, und gut ein Dutzend Jugendliche folgt ihr. Die Jungen und Mädchen im Alter zwischen 12 und 20 Jahren heben Tempotaschentücher, kleine Wasserflaschen und Drehverschlüsse auf. Erst die Arbeit, dann das Vergnügen.

Das Schöneberger No-Racism-Feriencamp in der Nähe des Innsbrucker Platzes ist an seinem letzten Tag angekommen. Zum Abschluss spielen die Jugendlichen ein Turnier aus – und das, obwohl die meisten von ihnen nur Hobbyfußballer sind. Doch in den letzten Tagen haben sie sich warm gespielt, der Ehrgeiz ist da, heute Sieger zu werden.

Respekt erkämpft

Einige nehmen das Turnier äußerst ernst. Haidar hält sich zum Beispiel abseits, als wolle er Konzentration und Kräfte sammeln. Der 15-Jährige kam mit seinen Eltern vor zwei Jahren aus dem Irak nach Deutschland. Zwei Jahre verbrachte er zuvor in Griechenland, wo er keine Schule besuchen konnte. Jetzt muss er im fremden System und mit der neuen Sprache irgendwie klarkommen. Auf dem Fußballplatz kennt er seinen Platz: „Da spiele ich Stürmer.“

Im Camp sind weitere Jungen aus dem Irak, andere kommen aus Palästina, aus Syrien. Die Mädchen stammen aus Berlin – zum Beispiel aus Schöneberg oder Wilmersdorf, wie Eva, 14, eine von drei weiblichen Teilnehmerinnen. „Am Anfang sagten die Jungs: Was sollen die Mädchen hier. Es ist besser ohne Mädchen“, erzählt sie. Aber das hörte schnell auf. „Ihr habt euch den Respekt der Jungen erkämpft“, lobt Gerd Thomas vom FC International, einer der Organisatoren des Camps. Die 14-jährige Nora, Evas Freundin, sowieso. Sie ist ein Fußballtalent und kann Tore schießen wie kaum einer der Jungs.

Die Mädchen und die Jungen – das sind zwei Lebenswelten, die hier aufeinandertreffen. Eva erzählt, dass sie geplant hatte, in den Ferien nach Kanada zu fliegen, coronabedingt aber nur an die Ostsee gefahren ist. Nora war in Dänemark. Die meisten Jungen haben keinen Pass.



Mehr als Sportfreunde: Ali Karar, Zuheir Hassoelbrahim und Qusaj Hasan (v.l.), Teilnehmer des Anti-Racismus-Camps. BLZ/BENJAMIN PRITZKULEIT

„Die Deutschen denken, Araber sind gefährlich. Aber es gibt gute und schlechte Menschen, wie in jedem Volk.“

Qusaj Hasan, 18-jähriger Palästinenser im FC International

Ihr größter Wunsch ist es, Deutscher zu werden.

Das sagt auch Sali, ein 17-jähriger Kurde aus Syrien. „Merkel soll mir einen deutschen Pass geben“, ruft er. Er wolle reisen, andere Länder kennenlernen. Der kräftige junge Mann mit lockigem Haupthaar und Undercut ist ein Stimmungsmacher im Camp. Er hat immer einen coolen Spruch drauf. „Ich will Verkäufer werden bei Mercedes“, sagt er und meint das ernst. Die Streetworkerin Jessica Ehlebracht von Gangway wird ihn bei seiner Bewerbung unterstützen.

Die Streetworkerin Jessica Ehlebracht von Gangway wird ihn bei seiner Bewerbung unterstützen.

Vier Träger aus Jugendhilfe, Schule und Sport hatten sich zusammengeschlossen, um das Camp auf die Beine zu stellen. Neben Bewegung und Spaß gibt es einen weiteren Grund, die Jugendlichen auf den Fußballplatz zu holen. „Wir erreichen hier ganz viele, die sonst

nicht zu erreichen sind“, sagt Manfred Schulz vom Jugendamt des Bezirks, der sich am Abschlussstag vor Ort informiert. Hier werden Kontakte geknüpft, die an anderer Stelle wertvoll sind: Wenn es darum geht, bei Problemen in der Schule zu helfen oder einen Ausbildungsplatz zu finden. „Es wird Vertrauen aufgebaut, damit man in Situationen, die nicht so toll sind, einen Draht hat“, sagt Schulz.

Einer, der darin besonders gut ist, ist der Streetworker Cagatay Basar von Gangway. Er kennt viele Jugendliche mit Namen, denn Gangway initiierte das Camp 2018, und manche Teilnehmer kommen jedes Jahr. „Sport schafft Raum für Bekanntschaften“, sagt er. Die Jugendlichen bekämen Gelegenheiten, Vorurteile abzubauen. Im Camp gebe es Grüppchen, die sich nach Herkunft oder Sprache sortieren. Doch auf dem Fußballplatz seien diese Barrieren vergessen. Hier wird zusammen gewonnen oder verloren.

Intensive Erlebnisse

Am Rand des Felds sitzt Qusaj Hasan. Er hat eine Wunde am Fuß und kann nicht mitspielen. Der 18-jährige Palästinenser ist im dritten Jahr beim Camp. Dafür hat er sogar Urlaub von seiner Arbeit in der Evangelischen Lungenklinik in Buch bekommen. Er macht dort ein Freiwilliges Soziales Jahr. Danach möchte er eine Ausbildung zum Krankenpfleger beginnen.

Die anderen Jungen wundern sich, als er das erzählt und rufen: „Da hast du nur mit alten Leuten zu tun.“ Qusaj schüttelt den Kopf und klärt sie auf. Seine ersten Wochen in der Klinik waren intensiv. Eine Patientin, die er sehr mochte, starb. „Ich hatte ihr arabisches Essen mitgebracht. Als ich zur Arbeit kam, war sie tot“, erzählt er. Die Frau habe ihm gesagt, er sei wie ihr Sohn.

Solchen Erlebnissen stehen auch negative Erfahrungen gegenüber, wenn Menschen in der S-Bahn zu ihm sagen: „Was wollt ihr Ausländer hier? Geht weg.“ Der junge Mann denkt nach. „Die Deutschen denken, Araber sind gefährlich. Aber es gibt gute und schlechte Menschen, wie in jedem Volk“, sagt er.

Beim Camp wird gerade der Grill aufgebaut. Qusaj und seine Kumpel wollen helfen, während die letzten Mannschaften gegeneinander antreten. Gerd Thomas berichtet, dass ein paar Teilnehmer Interesse gezeigt hätten, im Verein FC International weiterzuspielen. „Wenn das wirklich passiert, ist das für uns ein Riesenerfolg“, sagt er.

Mieterverein hofft auf die Gerichte

Im Herbst eventuell Urteil zu Schattenmieten

ULRICH PAUL

Die Versuche von Vermietern, sogenannte Schattenmieten beim Abschluss neuer Mietverträge zu vereinbaren, führen derzeit neben der Corona-Krise dazu, dass Haushalte in Berlin weniger umziehen. Der Geschäftsführer des Berliner Mietervereins (BMV), Reiner Wild, sagte am Dienstag, Wohnungssuchende würden durch die Forderung von Schattenmieten verunsichert. Wenn sie nicht wüssten, was auf sie zukommt, würden sie im Zweifel davon absehen, einen neuen Mietvertrag abzuschließen.

Als Schattenmieten werden solche Forderungen bezeichnet, die Vermieter neben der laut Mietendeckel zulässigen Miete für den Fall vereinbaren, dass der Mietendeckel vor Gericht gekippt wird oder ausläuft. Wild sagte, es könne sein, dass ein Mieter zwar für 7,50 Euro pro Quadratmeter eine Wohnung anmieten würde, nicht aber für 15 Euro je Quadratmeter. Nach Ansicht des Mietervereins sind Schattenmieten unzulässig. Viele Vermieter halten die Forderungen indes für möglich. Sie berufen sich auf eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom März, die eine solche zweite Miete angeblich erlaube. Dem widerspricht der Mieterverein. „Ich halte das für eine Überbewertung, für ein Missverständnis“, sagte der BMV-Vorsitzende Rainer Tietzsch. Im Streit um die Zulässigkeit von Schattenmieten steht eine gerichtliche Entscheidung noch aus. Der Mieterverein vertritt nach eigenen Angaben in zwei Fällen betroffene Haushalte. „Wir hoffen, dass wir das erste Amtsgerichtsurteil im Herbst haben“, sagte Wild.

Mieterhöhung erst wieder 2022

In der Debatte um die Zulässigkeit des Mietendeckels bekräftigte der Mieterverein seine Auffassung, dass das von der rot-rot-grünen Koalition beschlossene Gesetz rechtmäßig ist. Der Mietendeckel sei zweifelsohne ein Eingriff in die Eigentumsrechte, aber nach Auffassung des Mietervereins „vertretbar“, sagte Wild.

Der am 23. Februar in Kraft getretene Mietendeckel sieht vor, dass die Mieten auf dem Niveau vom 18. Juni 2019 für fünf Jahre weitgehend eingefroren werden. Ab dem 23. November 2020 ist darüber hinaus eine Miete verboten, die die festgelegten Obergrenzen um mehr als 20 Prozent überschreitet. Danach könnte es Absenkungen von Mieten geben. Mieterhöhungen sind erstmals ab 2022 in Höhe von bis zu 1,3 Prozent möglich, sofern die Obergrenzen nicht überschritten werden. Der Mietendeckel gilt nicht für Neubauten, die ab 2014 fertiggestellt wurden. Berlin betritt mit dem Mietendeckelgesetz juristisches Neuland. Die Stadt beruft sich dabei auf die Föderalismusreform von 2006.

Ob das Land die Befugnis für ein solches Gesetz hat, ist umstritten. Gegen den Mietendeckel liegen Klagen beim Landesverfassungsgericht und beim Bundesverfassungsgericht vor, unter anderem von CDU und FDP. Vermieter, die die Miete bereits gesenkt haben, haben die Mieter darauf hingewiesen, dass sie im Fall des Scheiterns des Mietendeckels vor Gericht die Differenz zur alten Miete rückwirkend einfordern. Selbst wenn das Bundesverfassungsgericht am Ende gegen den Mietendeckel entscheiden sollte, bedeute dies nicht, dass Vermieter einen Rückforderungsanspruch auf entgangene Mieten erhalten, so BMV-Chef Tietzsch. Der Mieterverein könne das zwar nicht ausschließen, halte es aber „für eher unwahrscheinlich“. Sicherheitshalber empfiehlt der Verein, gesparte Mietbeträge zurückzulegen.

Razzia beim Bankenverband

Durchsuchung der Polizei steht im Zusammenhang mit dem Cum-Ex-Verfahren



Auch in Frankfurt a.M. wurden Räume des Bankenverbands durchsucht. DPA/BORIS ROESSLER

Die Polizei hat am Dienstag im Zusammenhang mit sogenannten Cum-Ex-Verfahren Büros des Bankenverbands in Berlin und Frankfurt a. M. durchsucht. Das sagte ein Verbandssprecher auf Anfrage am Dienstagvormittag. Zuvor hatten Süddeutsche Zeitung, NDR und WDR darüber berichtet. „Das Verfahren richtet sich nicht gegen dessen Verantwortliche oder Mitarbeiter“, teilte die verantwortliche Staatsanwaltschaft Köln mit. „Die Durchsuchung soll zur Auffindung von Beweismitteln dienen, die für die Fortführung der Ermittlungen und die weitere Aufhellung des komplexen Sachverhalts von Bedeutung sein können.“

Der Verband kündigte an, vollumfassend zu kooperieren. Dem Medienbericht zufolge geht es um den Verdacht, dass Beschuldigte über den Bankenverband versucht haben sollen, Einfluss auf die Cum-Ex-Gesetzgebung zu nehmen. Ziel sei es demnach gewesen, Schlupflö-

cher aufrecht zu halten, um die Geschäfte fortzusetzen.

Bei „Cum-Ex“-Geschäften nutzen Investoren eine Lücke im Gesetz, um den Staat über Jahre hinweg um Geld zu prellen. Rund um den Dividendenstichtag wurden Aktien mit („cum“) und ohne („ex“) Ausschüttungsanspruch zwischen mehreren Beteiligten hin- und hergeschoben. Am Ende war dem Fis-

kus nicht mehr klar, wem die Papiere gehörten. Finanzämter erstatteten Kapitalertragsteuern, die gar nicht gezahlt worden waren. Dem Staat entstand ein Milliarden-schaden. 2012 wurde das Steuer-schlupfloch geschlossen.

Die Behörden kamen den Steuertricks allerdings erst spät auf die Schliche. Erste Verdachtsmomente hatte es schon Jahre vorher

gegeben. So hatte die Finanzaufsicht Ende 1999 anonyme Hinweise erhalten, die möglicherweise derartige Geschäfte beschrieben haben.

Der Versuch, dem Ganzen mit dem Jahressteuergesetz 2007 einen Riegel vorzuschieben, schlug fehl. Auch hier wurde früh vor Gesetzeslücken gewarnt. Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss hatte später auch zu klären versucht, welchen Einfluss der Bankenverband bei der Erarbeitung solcher Gesetze gespielt hatte. Unklar ist, ob die Durchsuchungen der Staatsanwaltschaft auch in diesem Zusammenhang stehen.

„Dem Cum-Ex-Untersuchungsausschuss wurden damals wichtige Unterlagen zum Lobbying verweigert“, teilte der stellvertretende Fraktionschef der Linke im Bundestag, Fabio de Masi, am Dienstag mit. „Jetzt besteht dank mutiger Richter die Chance, Einsicht zu nehmen.“ (dpa)